

Ökonomie, Krise und Krieg

zum Vortrag von Elmar Altvater

Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politikwissenschaft und u.a. Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac, begann seinen Vortrag mit einem Vergleich der aktuellen Wirtschaftskrise mit derjenigen von 1929. Dabei stellte er fest, dass das Sozialprodukt sowie der Welthandel 2009 wesentlich schärfer eingebrochen seien als damals. Bei beiden Krisen nahm die Staatsverschuldung erheblich zu, lediglich die Arbeitslosigkeit sei heute wesentlich schwächer angestiegen als vor 80 Jahren. Keine zwei Jahre nach der Krise von 1929 sei allerdings das internationale Währungssystem des Goldstandards zusammengebrochen, was zu einem Abwertungswetlauf geführt hätte. Wenige Jahre später sei der Zweite Weltkrieg ausgebrochen. In solchen Vergleichen, die allerorten angestellt würden, werde aber stets verschwiegen, dass die Krise trotz „New Deal“ und aller Anstrengungen der Regierungen seinerzeit ihren Fortgang genommen hätte, bis letztlich der Krieg und die gewaltigen Rüstungsanstrengungen die Arbeitslosigkeit hätten sinken lassen. Vor diesem Hintergrund stelle sich unweigerlich die Frage, ob sich die Befürchtungen des berühmten Historikers und Kommunisten Eric Hobsbawm bewahrheiten werde, dass der 15.9.2008 (der Tag, an dem die Investment-Bank Lehman Brothers ihre Insolvenz bekannt gab) womöglich viel mehr in die Weltgeschichte eingehen werde als der 11.9.2001 und dass nach der Krise „sehr viel Blut“ fließen werde. Die politische Aufgabe, der wir uns nun stellen müssten, bestehe jetzt darin, zu verhindern, dass die gegenwärtige Krise in neue Kriege münde.

„Leichtfertige Politik des vielen Geldes“

Der Ursprung der Krise sei bekannt, so Altvater weiter. Nach dem 11.9.2001 hätten die USA eine Politik des „leichten Geldes, oder eine leichtfertige Politik des vielen Geldes“ verfolgt. Wenn das Geld von den Zentralbanken zinsfrei ausgegeben werde - „für nichts und wieder nichts“ -, dann würden die Geschäftsbanken dieses auch willfährig entgegennehmen. Doch um sich Geld bei den Zentralbanken zu leihen, brauchten die Banken Menschen, die bereit sind, Schulden aufzunehmen und deshalb seien diese Schuldner regelrecht geködert worden. Aus den Erfahrungen der vergangenen Schulden- und Finanzkrisen, insbesondere der Schuldenkrisen der Dritten Welt in den 1980er Jahren, hätte man aber gelernt, dass man Schuldbeziehungen verbriefen und somit gebündelt als Wertpapiere mit Renditeversprechen auf globalen, deregulierten Märkten verkaufen könne. So seien Schuldpapiere von Hausbesitzern aus dem mittleren Westen der USA in den Besitz deutscher Landesbanken gelangt, wo sie heute noch als so genannte „toxische Papiere“ lägen.

Man brauchte Schuldner und habe sie gefunden, dabei habe es sich überwiegend um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gehandelt, denen die Löhne zuvor zusammengekürzt wurden. Diese Lohninbußen wären unter anderem dadurch „kompensiert“ worden, dass die Menschen günstig Kredite aufnehmen, sich verschulden konnten. So seien Wertpapiere quasi aus dem Nichts geschaffen und verkauft worden. Es gäbe für dieses Geschäftsmodell sogar einen Namen: „originate and distribute“, erzeuge und

verteile. Hieraus seien gewaltige Kreditpyramiden und Forderungen entstanden, die - wenn man etwa an die Ackermansche Vorstellung von 25% Rendite denke - immer höher geschraubt wurden. Diese Wertpapiere hätten das Eigenkapital der Banken überstiegen und die erwarteten Rendite keine Entsprechung in der Realwirtschaft gefunden. Begünstigt und ermöglicht sei dies durch Rating-Agenturen worden, welche diese Papiere als risikolos und werthaltig qualifizierten. Durch die Möglichkeit, diese Papiere in Zweckgesellschaften auszulagern und somit als „bilanzunwirksam“ zu deklarieren und das Basler Abkommen auszuhebeln sowie durch Offshore-Zentren, sei es gelungen, sich der Finanzmarktkontrolle vollständig zu entziehen.

Die Realwirtschaft hätte diesen Renditeforderungen nicht entsprechen können, obwohl „Akkumulation durch Enteignung“ betrieben worden sei. Die reine Produktion von Mehrwert hätte schon lange nicht mehr ausgereicht. Auch der Fall der Profitrate hätte eine Rolle gespielt, ebenso wie rein ökologische Grenzen. Man müsse bedenken, dass wir auf einem sehr hohen Niveau noch Wachstum – prozentuales Wachstum – erzeugen müssten. Um das zu erreichen, müssten ständig mehr Menschen in den kapitalistischen Verwertungsprozess integriert werden – wie das nach dem Zusammenbruch des Ostblocks geschah – und neue Märkte erschlossen werden. Dies geschieht auch mit militärischen Mitteln und mit militärischem Druck. Der ehemalige Finanzminister Peer Steinbrück hätte dies kürzlich recht deutlich formuliert, als er gegenüber Steueroasen andeutete, man müsse die Kavallerie nicht ausreiten lassen, es genüge ja häufig, auf diese Möglichkeit zu verweisen. Zum politischen Druck bei der Öffnung von Märkten gehöre eben auch der militärische Druck. Andererseits würden gegenüber den geöffneten Märkten wiederum militärische Mittel angewandt, um die Abwanderung von Arbeitskräften zu verhindern. Denn man wolle die Menschen zwar in die Mehrwertproduktion des heimischen Kapitals eingliedern, nicht aber auf den heimischen Arbeitsmärkten.

Ökologische Grenzen des (realen) Wachstums

Ein weiterer wichtiger Aspekt sei der Zugriff auf die Natur, der immer intensiver und immer gewaltsamer durchgesetzt würde. Ob es um den Abbau von Holz in Regenwäldern ginge oder die Errichtung von Talsperren zur Stromgewinnung in der Dritten Welt. Mittlerweile ließe sich von einem regelrechten „Krieg gegen die Natur“ sprechen. Energieintensive, gefährliche und giftige Produktionsprozesse, wie die Herstellung von Aluminium auch für die hiesigen Märkte, würden in diejenigen Länder verlagert, wo die Kosten hierfür am geringsten seien, wo man beispielsweise der betroffenen Bevölkerung keine Ausgleichszahlungen leisten muss. In den Industriestaaten werde hingegen mit Privatisierung von öffentlichen Diensten und mittlerweile auch durch staatliche Subventionen für sog. „grüne Technologien“ versucht, neue Profitquellen zu erschließen. Zugleich hätte aber beispielsweise das Konjunkturpaket mit seinen Zuschüssen für die Automobilindustrie (Abwrackprämie) offenbart, dass ein tatsächliches Ende des „karbon-basierten Zeitalters“, das auf fossilen Energieträgern

beruhe, nicht wirklich angestrebt werde. Der Grund sei einfach der, dass sich der Verzicht auf solche Energieträger nicht mit den Wachstumszielen der Wirtschaft vereinbaren ließe. Deshalb komme etwa die Internationale Energiebehörde zu dem Schluss, dass sich auch noch 2050, ebenso wie heute, 80% der verbrauchten Energie aus fossilen Brennstoffen speisen werde, weshalb sie Anlagen in die Exploration von Öl- und Gasfeldern, in Pipelines und Raffinerien empfehle. Zusätzlich prognostiziere die Internationale Energiebehörde jedoch den Bau von 1300 weiteren Atomkraftwerken. Mit welchen Konflikten dies verbunden sein könnte, ließe sich am gegenwärtigen Konflikt mit dem Iran erkennen. An eine wirksame Bekämpfung der Proliferation, also der Verbreitung von Technologien und Material, mit denen atomare Waffen hergestellt werden können, sei vor diesem Hintergrund gar nicht zu denken.

Absicherung von „großindustriellen Lösungen“

Die gegenwärtigen Bemühungen, erneuerbare Energiequellen zu erschließen, seien also keineswegs alternativ, sondern ergänzend zu den herkömmlichen und gefährlichen Energieträgern zu sehen. Auch diese Bemühungen könnten Konflikte auslösen oder verschärfen. So gäbe es etwa mit Desertec Versuche, Windkraft und Solarenergie für den hiesigen Gebrauch in Nordafrika zu gewinnen.

Hier stelle sich zunächst die Frage, ob dies mit dem Einverständnis der jeweiligen Regierungen geschehe und ob diese Regierungen überhaupt legitimiert seien, ihr Einverständnis zu geben. Es sei damit zu rechnen, dass es – ähnlich wie es bei der Ölförderung bereits erfolge – zu Konflikten zwischen den Regierungen und den betroffenen Bevölkerungen komme, zu Aufständen, die dann als Terrorismus mit internationaler Hilfe bekämpft würden. Hier könne sogar die NATO ins Spiel kommen, die zukünftig die Unterbrechung der Energieversorgung als Kriegsgrund definieren wolle. Somit seien es letztlich die NATO-Staaten selbst, die den Anlass für eine Intervention schaffen, es sei keine Bedrohung, die von außen komme, sondern ein Risiko, das selbst geschaffen würde, welches den Anlass für künftige Kriege geben würde.

Im selben Zusammenhang sei die Responsibility to Protect, die „Verantwortung zum Schutz“ zu sehen, welche das Souveränitätsprinzip im Völkerrecht aushebeln solle. Vordergründig ginge es dabei zwar um Menschenrechte, tatsächlich sei aber der Schutz von Pipelines, Stromnetzen und der europäischen Energiesicherheit gemeint. Bei Projekten wie Desertec sei auch in anderer Hinsicht überhaupt nicht von einer Alternative zu sprechen. Betrachte man etwa die Struktur des Konsortiums, so falle auf, dass neben den großen Energieversorgungsunternehmen v.a. Banken und Versicherungen sowie Unternehmen aus der Automobilindustrie beteiligt seien. Hieran würde deutlich, dass wiederum eine „großtechnologische Lösung, wie wir sie aus dem fossilen Zeitalter bereits kennen“ angestrebt würde. Das Alternative sei lediglich die Energiequelle, während etwa die Distribution nach alten Mustern verlaufen werde. Ähnliches sei bei der Biomasse zu beobachten. Biomasse könne erzeugt werden, um Hunger zu überwinden oder um zu Treibstoff für die Industriestaaten verarbeitet zu werden. „Food or Fuel“ - „Nahrung oder Treibstoff“ - sei ein Bericht der Welternährungsorganisation FAO überschrieben, den sie gemeinsam mit der OECD publiziert habe. In einigen Staaten werde schon heute so viel Biomasse für die Energiegewinnung produziert, dass das Land für die Nahrungsgewinnung bereits knapp werde. Das sei u.a. in Brasilien – trotz aller Dementis der Regierung – der Fall. Die Flächen, die beispielsweise

im Amazonasgebiet erschlossen würden, dienten fast ausschließlich der Produktion von Treibstoffen. Hier seien Landkonflikte und dergleichen vorprogrammiert, die bereits jetzt stattfänden, allerdings unterhalb der internationalen Wahrnehmungsschwelle. Dasselbe träfe für Regenwälder in Südostasien zu. Deren Vernichtung bedeute stets die Vernichtung von Biodiversität und von Lebensräumen und führe stets zu Konflikten, auch wenn diese nicht unbedingt bewaffnete oder gar zwischenstaatliche Formen annehmen müssten.

Neuesten Datums seien eine andere Art von Konflikten, an denen v.a. Staaten wie China, die reichen Golfstaaten und die USA beteiligt seien, indem diese Länder riesige Flächen in Afrika, etwa im Sudan und Madagaskar pachten oder aufkaufen würden. In Madagaskar habe es deswegen bereits einen Volksaufstand gegeben, weshalb die Regierung habe zurücktreten müssen. Auf diesen Flächen würden dann auch Nahrungsmittel angebaut, nicht aber für die ansässige Bevölkerung, sondern für die in China, Dubai oder den USA. Zu militärischen Großeinsätzen hätten auch diese Konflikte zwar bislang noch nicht geführt, auch dies sei jedoch absehbar, insbesondere, weil hier verschiedene aufstrebende Großmächte und Schwellenländer beteiligt seien.

Mehr Kapitalismuskritik

Die größte Herausforderung bestehe nun für uns darin, dass die neue NATO, die EU und die westlichen Staaten in ihren Strategiepapieren eine neue Sicherheitskonzeption verfolgten, welche nicht nur den Kampf gegen den Terrorismus einschließen würde, sondern auch die Versorgungs- und Rohstoffsicherheit, „Schutz“ gegen Pandemien und Migration. In diesem Kontext verwies Altwater auf ein aktuelles Zitat des deutschen Verteidigungsministers, wonach die deutsche Bundeswehr „befähigt“ werden müsse, zu diesen Zwecken weltweit zu intervenieren und verwies auf die enormen Kosten, die damit verbunden seien: „Kein Zweifel, dies wird zu Lasten der Sozialausgaben geschehen“, so Altwater. Auch die „NGO-Welt, philosophisch geweiht etwa durch Habermas“, der von „Polizeieinsätzen zugunsten der Weltbürgerrechte“ u.a. im ehemaligen Jugoslawien spreche, stimme zunehmend diesen neuen Strategien zu. In völlige Vergessenheit gerieten dabei die eigentlichen Ursachen, die „Root Causes“ dieser Konflikte, die eng verknüpft seien mit der Produktionsweise des kapitalistischen Weltsystems. Altwater weiter: „Um nur ein Beispiel zu nennen: Selbst wenn die Regierung des Sudan Land an China verpachtet, so hat dies nicht nur mit dem Sudan zu tun, sondern mit einem weltumspannenden landwirtschaftlichen Produktionsmodell, mit China und anderen Weltmächten. Gegenwärtiges Krisenmanagement sieht dann jedoch so aus, dass unter der Maßgabe der Responsibility to Protect militärisch oder polizeilich-militärisch im Sudan interveniert wird, während die ‚Root Causes‘, die bei uns liegen, nicht bekämpft werden und auch keinerlei Bereitschaft besteht, diese wirkungsvoll zu bekämpfen. Denn eine wirksame Bekämpfung dieser Konfliktursachen kann nur darin bestehen, aus einem Konsum- und Produktionsmodell, das immer wieder solche Konflikte hervorbringt und hervorbringen muss, auszuweichen. Das bedeutet, dass wir die Auseinandersetzungen mit Ökonomie und Krieg zusammenbringen müssen. Und dies muss eine Kritik des gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmodells, eine Kapitalismuskritik sein, der wir uns wieder stärker zuwenden müssen als in der Vergangenheit. Wir haben uns damit selbst eines wirksamen Mittels beraubt, für die Analyse aber auch für die Strategie, das wir dringender denn je benötigen.“